



Freiwild für Hacker?

Zweifel an der Sicherheit des Online-Patientendossiers keimen auf

Das Wallis ist einer von zwei Pionierkantonen bei der Einführung des elektronischen Patientendossiers. Doch eine Intervention der Piratenpartei zwingt die Behörden nun zu einem Marschhalt.

SIMON HEHLI

In der Sommersession machte das Parlament den Weg frei für die Einführung des elektronischen Patientendossiers (EPD). Es liegt nun an den Kantonen, entsprechende Systeme anzubieten. Die Piratenpartei hat jetzt aber darauf hingewiesen, dass bei den beiden EPD-Systemen, die bereits in den Pionierkantonen Wallis und Genf im Einsatz sind, die Sicherheit mangelhaft sei.

Während die Genfer noch nicht auf die Mahnung reagierten, wurde im Wallis der Datenschutzbeauftragte Sébastien Fanti tätig. Er forderte die Kantonsregierung auf, die Einführung des EPD auszusetzen. Mit Erfolg. Die Walliser hätten ihr System namens Infomed

eigentlich am 1. September für die Bevölkerung öffnen wollen. Doch aufgeschreckt durch die Kritik verordnete Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermaten (sp.) noch vor der Aufschaltung einen Marschhalt. «Wir werden die Situation klären und dem Datenschützer alle nötigen Unterlagen zur Verfügung stellen», erklärte die Gesundheitsministerin gegenüber der Walliser Zeitung «Le Nouvelliste».

Erfreut über das rasche Handeln ist Stefan Thöni, Co-Präsident der Schweizer Piratenpartei. Er und seine Mitstreiter haben beim Walliser System zwei Schwachstellen ausgemacht. Einerseits verwende es bei der Verschlüsselung der Webseiten veraltete Standards. «Damit ist das System nicht genügend gegen Hackerangriffe geschützt», sagt Thöni. Im schlimmsten Fall könnten somit unbefugte Akteure die Gesundheitsdaten einsehen oder sogar abändern. Andererseits kämen bei Infomed die Dienste von Google Analytics zum Einsatz. Das bedeutet laut dem Piraten-Politiker, dass der amerikanische Grosskonzern wisse, welche Personen wann auf ihr Dossier zugegriffen. «In Kombination mit

dem Surf-Verhalten einer Person könnte Google dadurch Rückschlüsse auf ihren Gesundheitszustand ziehen.»

Thöni wünscht sich, dass das Wallis die zugrunde liegende Software veröffentlicht und dass die Piraten oder der Chaos Computer Club das System so auf Schwachstellen testen können. Ein ähnliches Vorgehen hat der Kanton Genf beim E-Voting gewählt: Transparenz beim Quellcode soll grösstmögliche Sicherheit garantieren (NZZ 13. 8. 15).

Thöni betont, dass er elektronische Patientendossiers nicht grundsätzlich ablehnt. «Man muss einfach grösste Sorgfalt walten lassen – und zwar schon bevor ein System online geht.» Das Bundesgesetz zum EPD komme zu spät und sei bereits überholt, bemängeln die Piraten. «Diese Affäre muss zum Anlass genommen werden, das Gesetz noch einmal neu zu fassen und dabei die digitale Integrität und die Unverletzlichkeit der Patientendaten als Grundsätze aufzunehmen.» Zudem fordert die Kleinpartei, dass die Gefährdung der Patientendaten durch «offensichtlich ungenügende Datensicherheit» unter Strafe gestellt werden soll.